

JAHRES WIRTSCHAFTS BERICHT

*Für eine neue
wirtschaftliche
Dynamik*

Das Bundeskabinett hat den Jahreswirtschaftsbericht am 29. Januar 2025 beschlossen. Die Bundesregierung stellt im Jahreswirtschaftsbericht ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Schwerpunkte sowie ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr vor und nimmt zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2025 steht aufgrund der vorgezogenen Wahlen zum 21. Deutschen Bundestag unter besonderen Vorzeichen. Anders als sonst ist eine Vorausschau auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik des laufenden Jahres nur sehr eingeschränkt möglich. Die Bundesregierung erfüllt mit dem Bericht gleichwohl ihre gesetzliche Pflicht. Neben dem Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der Jahresprojektion fasst der Bericht wesentliche Vorhaben und Projekte des letzten Jahres zusammen und stellt u. a. die wirtschafts- und finanzpolitische Ausgangslage für das laufende und die kommenden Jahre dar. Hierbei werden mit der gebotenen Zurückhaltung auch Herausforderungen und Handlungsoptionen benannt.

JAHRESPROJEKTION 2025

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach zwei Jahren der wirtschaftlichen Stagnation zur Jahreswende 2024/25 in einer schwierigen Ausgangslage. Seit der Corona-Pandemie und dem russischen Überfall auf die Ukraine stagniert die deutsche Wirtschaft infolge der damit verbundenen Energiepreisanstiege und Kaufkraftverluste sowie zunehmender

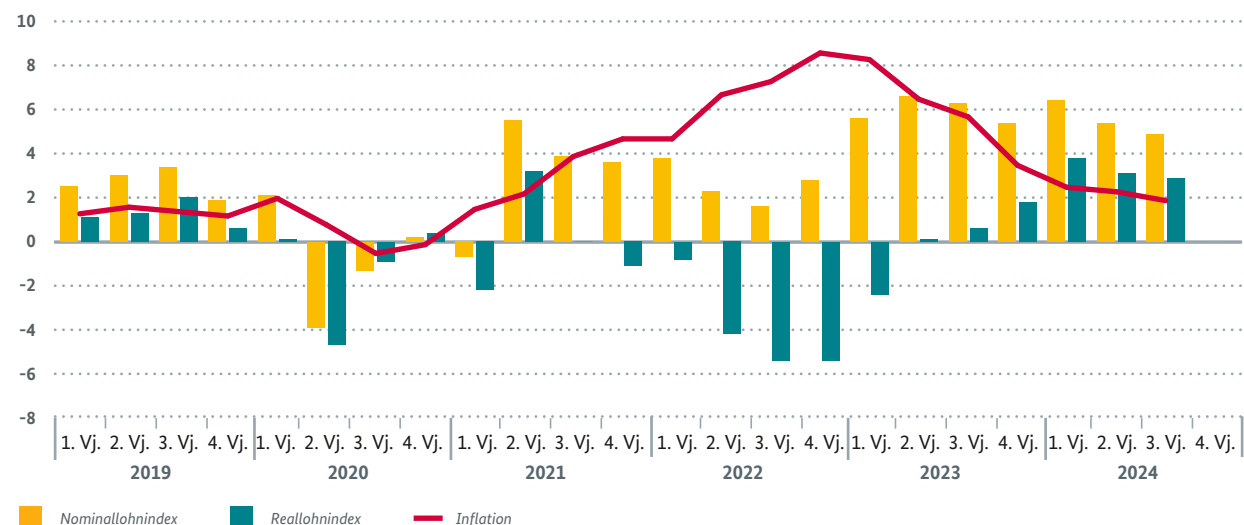
struktureller Herausforderungen durch den demografischen Wandel, eine zunehmende geopolitische Fragmentierung und eine abnehmende Wettbewerbsfähigkeit. Während Wachstumsimpulse im vergangenen Jahr vor allem von den öffentlichen und in geringerem Maße von den privaten Konsumausgaben kamen, gingen die Investitionen in Maschinen, Anlagen und Bauten deutlich zurück. Die stark exportorientierte Industrie hat mit Gegenwind durch eine schwächere Wettbewerbsposition und steigende Produktionskosten zu kämpfen. Zudem wurde die Wachstumsinitiative der Bundesregierung in Folge des vorzeitigen Koalitionsendes nur zum Teil umgesetzt.

Insgesamt rechnet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion für 2025 mit einem verhaltenen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 Prozent. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage dürfte sich angesichts der anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten sowie der noch unklaren wirtschafts- und finanzpolitischen Ausrichtung der nächsten Bundesregierung zunächst noch schwach entwickeln. Bei nachlassender Inflation, weiter steigenden Realeinkommen (siehe Abbildung 1) und zunehmender Klarheit über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist im späteren Jahresverlauf dann mit einer etwas anziehenden binnenwirtschaftlichen Dynamik zu rechnen. Wachstumsimpulse dürften zunächst vor allem von den privaten Konsumausgaben ausgehen, die preisbereinigt um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zunehmen dürften. Bei den Ausrüstungsinvestitionen ist 2025 insgesamt ein Zuwachs von 1,1 Prozent zu erwarten – auch



ABBILDUNG 1: ENTWICKLUNG DER NOMINAL- UND DER REALLÖHNE UND DER INFLATION

Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

weil staatliche Ausrüstungsinvestitionen aus dem Sondervermögen Bundeswehr positive Impulse liefern. Die Bauinvestitionen dürften dagegen trotz der leichten Belebung am aktuellen Rand im Jahresdurchschnitt 2025 abermals zurückgehen (-0,6 Prozent). Auch bei den Ausfuhren rechnet die Bundesregierung infolge einer strukturell nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit und zunehmender geo- und handelspolitischer Spannungen mit erneuten Einbußen von 0,3 Prozent. Ein wesentlicher Risikofaktor sind die angekündigten US-Zollerhöhungen. Je nach konkreter Gestaltung könnten diese den Welthandel und die deutschen Exporte empfindlich treffen. Bei leicht anziehender Binnennachfrage dürften die Importe gleichzeitig um 1,9 Prozent expandieren, so dass der Außenhandel per Saldo einen negativen Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von -0,9 Prozentpunkten liefern dürfte.

Auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich die erwartete moderate konjunkturelle Erholung erst mit Verzögerung bemerkbar machen. Die Bundesregierung geht für das laufende Jahr von einer Stagnation der Erwerbstätigkeit aus. Einem Beschäftigungsaufbau im Bereich der sozialen Dienstleistungen dürfte dabei zunächst ein weiterer Abbau der Beschäftigung in den produzierenden Branchen gegenüberstehen. Angesichts eines zunehmenden qualifikatorischen Mismatches zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage dürften die Beschäftigungsperspektiven für Arbeitslose jedoch weiterhin schwierig bleiben, so dass die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 120.000 Personen steigt.

Bei den Verbraucherpreisen rechnet die Bundesregierung für dieses Jahr mit einer Inflationsrate von 2,2 Prozent. Einem leicht überdurchschnittlichen Zuwachs bei den Dienstleistungspreisen, die wesentlich durch die zuvor höheren Lohnabschlüsse geprägt waren, stehen die anhaltenden Wirkungen der vorangegangenen geldpolitischen Straffungen, gesunkener Energiekosten sowie entlastende Preisentwicklungen auf den vorgelagerten Preisstufen gegenüber. Temporär inflationserhöhende Effekte ergeben sich zu Jahresbeginn 2025 durch administrative Preiserhöhungen wie die Anhebung der CO₂-Abgabe, gestiegene Portogebühren, die Anhebung des Preises für das Deutschlandticket sowie erhöhte Beitragssätze bei Kranken- und Pflegeversicherungen.

STRUKTURREFORMEN FORTFÜHREN, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT NACHHALTIG STÄRKEN

Jenseits der kurzfristigen Hürden für eine neue wirtschaftliche Dynamik steht Deutschland aus Sicht der Bundesregierung vor vier strukturellen Herausforderungen, denen sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik weiterhin widmen muss.

1. Die geopolitische Zeitenwende erfordert zusätzliche Ausgaben für Landes- und Bündnisverteidigung wie auch die Unterstützung der Ukraine. Hinzu kommt eine immer konfrontativere Handelspolitik, die zu zunehmender Fragmentierung der Weltwirtschaft führt. Dies trifft die deutsche Wirtschaft mit ihrer traditionell starken Exportorientierung in besonderem Maße.
2. Durch die demografische Alterung ist mit einer Verschärfung bereits bestehender Fachkräfteengpässe und deutlich erhöhtem Druck auf die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme zu rechnen.
3. Der aufgrund des Klimawandels notwendige Umbau der Wirtschaft auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität geht mit entsprechenden Kosten einher und erfordert umfassende private, aber auch öffentliche Investitionen.
4. In den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigte Standortfaktoren hemmen Produktivität und Wachstumspotenzial. Hier sind immenser öffentlicher Investitionsstau bei Digitalisierung, Infrastruktur und Verteidigung, aber auch eine teils übermäßige Bürokratie unter anderem in Folge europäischer Vorgaben, Berichts- und Nachweispflichten zu nennen. Darüber hinaus gibt es große Herausforderungen im Bildungsbereich, angefangen bei der frühkindlichen Bildung bis hin zur Berufsbildung.

Um das zuletzt schwache Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft zu stärken und den oben genannten Herausforderungen zu begegnen, hat die Bundesregierung seit Beginn dieser Legislaturperiode verstärkt auf angebotsseitige Reformen gesetzt. Sie hat dazu das Thema Bürokratieabbau einschließlich Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung in den vergangenen zwei Jahren stark priorisiert und zahlreiche Weichenstellungen vorgenommen. So wurden unter anderem durch das vierte Bürokratienteilungsgesetz diverse Regeln und Abläufe vereinfacht. Mit dem „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern Fristen verkürzt und einzelne Prüfschritte in Genehmigungsverfahren reduziert.

Mit den Praxischecks hat sie ein neues Instrument eingeführt, welches gezielt Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Regelungen in den Blick nimmt. Dabei werden im Austausch zwischen Unternehmen, Verwaltungen sowie weiteren Expertinnen und Experten anhand konkreter Fallkonstellationen gemeinsam bürokratische Hemmnisse und Lösungsansätze identifiziert. Das Verfahren wurde erfolgreich mit dem Praxischeck „Errichtung und Betrieb von Photovoltaik-An-



lagen“ pilotiert; der Großteil der identifizierten Hemmnisse ist bereits aus dem Weg geräumt, u.a. im Solarpaket. Die Ressorts setzen einen Beschluss der Wachstumsinitiative dazu um und führen nunmehr vermehrt Praxischecks durch. Die Anstrengungen der Bundesregierung wirken sich bereits jetzt positiv aus: Wie der Nationale Normenkontrollrat feststellt, wurde die Wirtschaft zwischen Juli 2023 und Juni 2024 um mehr als 400 Millionen Euro Erfüllungsaufwand entlastet.

Um das Arbeitsangebot trotz der Auswirkungen der demografischen Alterung zu stabilisieren oder sogar auszuweiten, hat die Bundesregierung Reformen zur besseren Nutzung des Erwerbspersonenpotenzials umgesetzt bzw. in die Wege geleitet. So hat sie umfassende Maßnahmen für eine beschleunigte und bürokratieärmere qualifizierte Einwanderung umgesetzt. Gleichzeitig hat sie zahlreiche Hürden bei der Arbeitsmarktintegration von bereits Zugewanderten abgebaut. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass die Erwerbstätigkeit im Durchschnitt des vergangenen Jahres mit rund 46 Millionen Personen einen Höchststand erreichte.

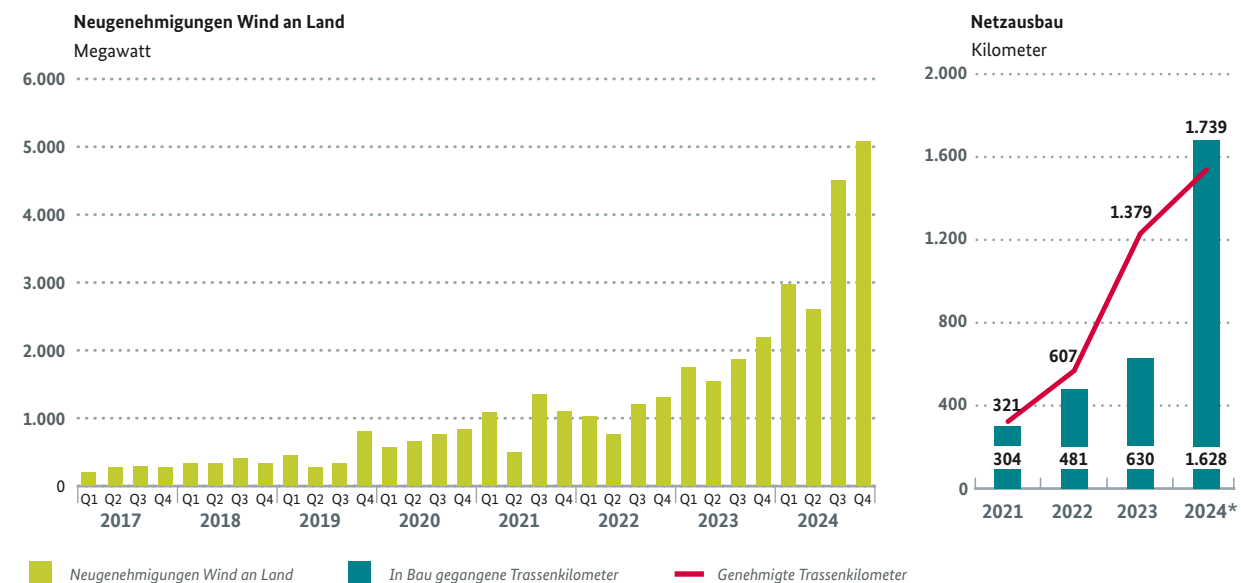
Auch stellt die Bundesregierung weiterhin finanzielle Mittel für den Ausbau und die Qualität der Kindertagesbetreuung zur Verfügung, die einen Beitrag zu einer umfangreichen Erwerbstätigkeit von Müttern leisten kann. Um die Erwerbsfähigkeit im Zuge der Transformation und sich verändernder Qualifikationsanforderungen aufrechtzuerhalten, wurde die Aus- und Weiterbildung beispielsweise durch das Qualifizierungsgeld oder die Ausbildungsgaran-

tie gestärkt. Diese Maßnahmen tragen auch zu einer besseren Entwicklung der Arbeitsproduktivität bei.

Im Zuge der durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Energiekrise 2022/2023 ist es in einem gesamtgesellschaftlichen Kraftakt gelungen, die Energieversorgung über alle Energieträger hinweg zu stabilisieren und sich von der starken Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu lösen. Auch dank der Maßnahmen der Bundesregierung, wie z. B. den temporär eingeführten Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen, konnten die unmittelbaren Krisenfolgen abgemildert werden. Jenseits dieser akuten Stabilisierungsmaßnahmen hat die Bundesregierung die Grundlagen für eine deutlich stärkere Dynamik beim Ausbau von erneuerbaren Energien sowie der Netzinfrastruktur gelegt und zügig eine Infrastruktur für Flüssigerdgas aufgebaut. Dies hat einen Beitrag dazu geleistet, dass in den beiden vergangenen Jahren jeweils Rekorde beim Ausbau und den Genehmigungen erneuerbarer Energien erreicht wurden. Die Strom- und Gaspreise an den Kurzfristmärkten sind gegenüber den Krisenjahren mittlerweile deutlich gesunken. So lag der durchschnittliche Strompreis für Neuabschlüsse in der Industrie im Jahr 2024 durch Abschaffung der EEG-Umlage unter dem Niveau von 2017 bis 2020. Allerdings hat sich mit der Energiekrise der Abstand der Endverbraucherpreise der deutschen Industrie für Strom und Gas im Vergleich zu wichtigen internationalen Wettbewerbern wie den USA vergrößert. Vor diesem Hintergrund ist wesentliches Ziel der Bundesregierung, die Energiepreise wieder rückzuführen.



ABBILDUNG 2: GENEHMIGUNGSBESCHLEUNIGUNG IM AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN UND NETZINFRASTRUKTUR



Um die Transformation der Industrie zu unterstützen und die Resilienz des Standorts zu erhöhen, hat die Bundesregierung den Hochlauf neuer Technologien ermöglicht. Sie hat dazu u. a. das Konzept der grünen Leitmärkte zur Stärkung der Nachfrage nach grünen Grundstoffen, Produkten und Technologien entwickelt. Zudem hat sie die Ansiedlung in Schlüsseltechnologien wie Wasserstoff, Batteriezellfertigung, Mikroelektronik, digitalen Technologien und Biotechnologie unterstützt.

Die Bundesregierung hat den deutschen Wirtschaftsstandort durch Maßnahmen im Bereich Investitionen, Forschungs- und Entwicklung und Handel nachhaltig gestärkt. So hat sie die übergreifenden Rahmenbedingungen für Investitionen insbesondere durch attraktivere Abschreibungsbedingungen, weitergehende Möglichkeiten zur Verlustverrechnung sowie eine mehrfach erheblich ausgeweitete steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben verbessert. Mit dem Zukunftsfonds und der WIN-Initiative („Wachstums- und Innovationskapital für Deutschland“) soll das Ökosystem für Wagniskapital gestärkt und somit der Zugang zu Kapital für innovative Start-ups erleichtert werden. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wurden signifikant gestärkt, insbesondere im Bereich der Schiene. Gleichzeitig konnten zuletzt deutliche Fortschritte bei der digitalen Infrastruktur erreicht werden. Die Diversifikation der Außenhandelsbeziehungen ist vorangeschritten und neue Abkommen wie jenes mit den Mercosur-Staaten wurden ausverhandelt oder sind in Arbeit.

Angesichts der Größe der Herausforderungen ist es umso wichtiger, sich die immensen Stärken Deutschlands bewusst zu machen. Kaum ein anderes Land verfügt über eine solche Vielfalt an exzellenten, gerade auch mittelständischen Unternehmen. Nach wie vor wird die hohe Fachkompetenz in den deutschen Betrieben und die institutionelle Forschungslandschaft und das damit verbundene Innovationspotenzial in Deutschland weltweit geschätzt. Diese Stärken bilden auch unter Berücksichtigung der im Vergleich zu anderen führenden Wirtschaftsnationen deutlich geringeren öffentlichen und privaten Verschuldung eine gute Ausgangsposition, um die großen gesamtwirtschaftlichen Investitionsbedarfe zu adressieren und die Wettbewerbsfähigkeit wieder zu verbessern.

INVESTIVE IMPULSE SETZEN, UNSICHERHEITEN ABBAUEN

Die Transformation zur Klimaneutralität, die digitale Transformation und die erforderliche Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verlangen der Wirtschaft erhebliche Anpassungen ab. In kurzer Zeit müssen erhebliche – vorrangig private – finanzielle Mittel mobilisiert werden, um in neue Technologien, Infrastrukturen und Prozesse zu investieren

sowie neue Wachstumsmärkte zu erschließen. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, aber auch zusätzliche Investitionsanreize.

Der finanzpolitische Kurs der Bundesregierung ist seit 2023 als Ergebnis der Rückführung krisenbedingter Entlastungs- und Stabilisierungsmaßnahmen, die zur Bewältigung der Corona- und der Energiekrise notwendig waren, moderat restriktiv ausgerichtet, wie auch die übereinstimmenden Einschätzungen von IWF, OECD und der EU-Kommission zeigen. Dieser Kurs ist auch im Kontext der zeitweise hohen Preissteigerungsraten zu sehen, die sich seit Ende 2023 deutlich verringert haben, aber noch immer auf erhöhtem Niveau lagen. Im Zuge der Verringerung des fiskalischen Spielraums im Klima- und Transformationsfonds um insgesamt 60 Milliarden Euro als Konsequenz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 mussten wirtschaftspolitische Vorhaben verstärkt priorisiert werden. Das betrifft insbesondere finanzielle Anreize für Investitionen von Unternehmen und privaten Haushalten und dürfte zwischenzeitlich die Unsicherheit bei Wirtschaftsakteuren erhöht haben.

Daher ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik künftig doppelt gefordert: Es gilt, den in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Weg struktureller Reformen konsequent fortzusetzen und zugleich das Vertrauen der Wirtschaftsakteure zu stärken. Für die mittelfristigen Wachstumsaussichten sind die Bereiche unternehmerischer Investitionen und Innovationen sowie Forschung und Entwicklung von besonderer Bedeutung. Beispiele für mögliche Impulse zur Stärkung der Investitionstätigkeit wären weitere Verbesserungen im Sinne eines innovationsfreundlichen steuerlichen Umfeldes oder die Einführung einer unbürokratischen und unkomplizierten Investitionsprämie. Maßnahmen zur Stärkung der Investitionstätigkeit würden den Standort Deutschland auch für ausländische Investoren attraktiver machen. Für gewerblich genutzte E-Autos, den klimafreundlichen Wohnungsneubau oder den sozialen Wohnungsbau wären weitere, auch nachfrageseitige Impulse denkbar.

KLIMAPOLITIK: TREIBHAUSGAS (THG)-EMISSIONEN GEHEN WEITER ZURÜCK

Es bleibt im Interesse Deutschlands, national, EU-weit und international dazu beizutragen, die globale Treibhausgasentwicklung umzukehren und gleichzeitig Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu ergreifen. Denn mit fortschreitendem Klimawandel steigen die Risiken irreversibler Umweltveränderungen mit nicht zuletzt erheblichen Folgen für die Grundlagen wirtschaftlicher Wertschöpfung. Mit dem europäischen Fit-for-55-Paket und der nationalen Umsetzung wurden weitreichende ambitionierte Maßnahmen für eine wettbewerbs-



fähige, ressourceneffiziente Wirtschaft im Sinne des European Green Deals und des europäischen Klimaschutzziels auf den Weg gebracht. Auf nationaler Ebene gibt das Klimaschutzgesetz seit 2019 den nationalen rechtlichen Rahmen für die Klimaschutzpolitik vor.

In den letzten Jahren konnte die Bundesregierung entscheidende Schritte zum Erreichen des 2030-Klimaschutzziels gehen: Während zu Beginn der Legislaturperiode noch eine Minderung der Treibhausgase bis 2030 von lediglich 49 Prozent projiziert wurde, weisen die aktuellen Projektionsdaten einen deutlich stärkeren Rückgang der Treibhausgasemissionen um knapp 64 Prozent aus. Das zeigt, dass das Gesamtminderungsziel des Bundes-Klimaschutzgesetzes von mindestens 65 Prozent bis 2030 bei anhaltenden Fortschritten in Reichweite liegt. Insgesamt hat sich die Entkopplung von THG-Emissionen und ökonomischer Wertschöpfung in den letzten Jahren deutlich beschleunigt. So konnten zwischen 2021 und 2023 die ausgestoßenen THG-Emissionen je eine Million Euro Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) um 34 Tonnen reduziert werden. Dies entspricht einer Entkopplungsrate von 13 Prozent in nur zwei Jahren. Das Jahr 2023 markiert damit die stärkste Entkopplung seit der Wiedervereinigung.

WOHLFAHRTSMESSUNG: ERWEITERTE PERSPEKTIVE AUF DAS WOHLERGEHEN UND KONVERGENZ-PROZESSE IN DER GESELLSCHAFT

Das im Jahr 2022 eingeführte und inzwischen etablierte Kapitel zur Wohlfahrtsmessung blickt auch im diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht auf die Entwicklung wohlfahrtsrelevanter Aspekte. Mehr als 30 ausgewählte Indikatoren ergänzen das BIP gezielt und bilden neben ökonomischen auch wesentliche ökologische, soziale und gesellschaftliche Dimensionen ab. Der Blick richtet sich damit sowohl auf das quantitative als auch das qualitative Wachstum, welches

die Lebensqualität und Zukunftsaussichten aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.

Die Entwicklung der Indikatoren spiegelt am aktuellen Rand die strukturellen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft wider. So sind in den nächsten Jahren insbesondere in den Bereichen der Produktivitätsentwicklung, der Bildung oder des Innovationspotenzials zusätzliche Anstrengungen notwendig. Gleichzeitig sind Erfolge wie eine insgesamt steigende Erwerbsbeteiligung, mehr Frauen in Führungspositionen oder das Voranschreiten der Energiewende für eine treibhausgasneutrale Zukunft sichtbar. Andere Indikatoren im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes weisen hingegen noch zu geringe bzw. abflachende Trendverläufe in die gewünschte Richtung auf. Weiterhin wird die Wohlfahrtsindikatorik stetig überprüft und weiterentwickelt. So sind im diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht erstmals Indikatoren zur Vermögensverteilung auf Basis neuer experimenteller Daten der EZB sowie zur Kreislaufwirtschaft im Zuge der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie enthalten. Auch in den kommenden Jahren wird es vor dem Hintergrund einer evidenzbasierten Politik wichtig sein, mithilfe eines solchen Indikatorensets die Fortschritte auf einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Wachstumspfad zu verfolgen. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: IA1 – Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik,
IC-WA – Wirtschaftspolitische Analyse, Wohlfahrtsindikatorik,
IC1 – Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

schlaglichter@bmwk.bund.de

Jahreswirtschaftsbericht 2025: Für eine neue wirtschaftliche Dynamik

Pressemitteilung des BMWK